

## LokalAnzeiger-Serie: Kreuz-Rad-Löwe – unser Land wird 75 Jahre alt (Teil 9)

# Elend und Hunger in der Nachkriegszeit

-von Joachim Hennig-  
**REGION. In dieser Reihe war bisher von der Staatsbildung im Land und den Bemühungen um den Wiederaufbau des Rechtsstaats und der Demokratie die Rede. Das alles entwickelte sich – so mag der Eindruck entstanden sein – scheinbar harmonisch und geräuschlos. Der Blick in den Alltag damals zeigt aber ein anderes Bild, zeigt die Probleme der Bevölkerung. Deutschland hatte einen verbrecherischen Krieg begonnen und dieser Krieg hatte sich dann gegen Land und Leute in der Heimat gekehrt. Die Kriegsfolgen waren ganz enorm.**

Mehr als 170 000 Menschen der auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz lebenden Bevölkerung hatten im Krieg ihr Leben verloren, mehr als 70 000 Frauen ihren Ehemann, fast 80 000 Kinder ihren Vater. Mehr als 100 000 Menschen waren Invaliden geworden. Unter den Toten waren auch ca. 25 000 Juden – ermordet in Konzentrations- und Vernichtungslagern. Von den 500 Koblenzer Juden kehrten aus KZ und Emig-

ration – wie es auf dem Denkmal auf dem jüdischen Friedhof heißt – nur 22 zurück. Eine besondere Gruppe bildeten die aus der Haft oder der Zwangsarbeit befreiten heimatlosen Ausländer, die Displaced Persons (DP): in ganz Deutschland allein ca. 1 500 000 Russen, 1 200 000 Franzosen, 600 000 Polen. Zur gleichen Zeit setzte ein Strom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten ein, der schließlich ca. 12 000 000 Menschen nach West- und Mitteldeutschland führen sollte.

Koblenz – wie auch andere Städte – war ein trostloses Trümmerfeld. Von den mehr als 7000 Wohngebäuden der Stadt waren mehr als 4000 zerstört und viele weitere mehr oder minder beschädigt. Im ehemaligen Regierungsbezirk Koblenz waren 27 % aller Gebäude zerstört. 11 Rhein-, 20 Mosel-, 10 Lahn- und 17 Nahebrücken waren unbrauchbar. Als ein amerikanischer Offizier die Stadt Münster sah, sagte er: „It looks like Pompeii.“

Zu den Sorgen der Nachkriegszeit, der Angst vor der Besatzungsmacht und dem Warten auf vermisste Ange-



Das zerstörte Koblenz, im Bildhintergrund links das Schloss, 1945. Foto: Wikipedia

hörige und Kriegsgefangene, kamen riesengroße Wohnungs- und Versorgungsprobleme. Wer unmittelbar nach Kriegsende noch in den Städten lebte, hauste in Baracken und Bunkern, Ruinen und Kellern.

Es fehlte an allem, an Strom, Gas, Wasser und vor allem an Lebensmitteln. Seit dem Ende des Krieges herrschte eine große Hungersnot, vor allem verursacht durch den Zusammenbruch des Weltgetreidemarktes und den Rückgang der Getreide-

und Kartoffelproduktion in Deutschland. Die Bevölkerung in unserer, der französischen Besatzungszone war – wie auch anderswo – eingeteilt in „Selbstversorger“ und „Normalverbraucher“. Die einen waren vor allem die Landwirte und ihre Familienangehörigen, die anderen die sonstigen, vor allem die städtische Bevölkerung.

Um die „Normalverbraucher“ mit Lebensmitteln zu versorgen, mussten die Landwirte die von ihnen erzeugten Produkte abliefern,

sie durften aber einen doppelten Anteil der für Normalverbraucher vorgesehenen Ration als Eigenanteil behalten. Gleichwohl weigerten sich viele Bauern immer wieder, die vorgeschriebenen Mengen abzuliefern.

Die Lebensmittel verteilte die französische Besatzungsmacht nach einem Rationierungssystem, das die Nazis zu Kriegsbeginn 1939 eingerichtet hatten. Danach erhielten die Normalverbraucher – unterteilt in zehn Untergruppen (von

den Säuglingen bis zu den Schwerarbeitern) – wöchentlich bestimmte Mengen der zur Verfügung stehenden Lebensmittel auf besondere Bezugsscheine. Das waren die Lebensmittelkarten, die auch „Hungerkarten“ genannt wurden. Statt des Normalbedarfs von 2500 bis 3500 Kalorien für einen arbeitenden Menschen, der selbst in Kriegzeiten nicht unterschritten worden war, bekamen die Normalverbraucher in den ersten Jahren kaum 1000 Kalorien. Dabei war die Versorgung mit Lebensmitteln hier im Norden des neuen Landes noch etwas besser als im Süden.

Die Franzosen taten nur wenig gegen diese Hungersnot, verschärften noch die Situation, indem sie ihr Personal und deren Familien mit den vorhandenen Lebensmitteln versorgten. Deshalb galt die Französische Zone bald als „Hungerzone“ – jedenfalls wurden ihre Bewohner schlechter behandelt als die Menschen in den anderen Zonen.

Die Bevölkerung „wehrte“ sich. Städter fuhren mit „Hamsterzügen“ aufs Land und erbettelten sich von den Bauern Lebensmittel oder

tauschten diese gegen Wertgegenstände ein. Andere suchten in den Äckern nach letzten Kartoffelresten oder plünderten nachts die Felder. Wieder andere stahlen aus Kohlenwaggons Briketts. Dies nannte man „fringsen“. Der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings hatte in seiner Predigt an Silvester 1946 über das 7. Gebot („Du sollst nicht stehlen.“) u. a. gesagt: „Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise, durch seine Arbeit oder Bitten, nicht erlangen kann.“

Damit hatte der Kardinal das „Wort des Jahres“ gesprochen, das man noch heute kennt: „fringsen“. Im Herbst und Winter vor 75 Jahren sank die Stimmungslage der Bevölkerung auf den Tiefpunkt. Denn da stand fest, dass im Winter keine Kohlen zu erwarten waren, sondern dass man sich mit Brennholz zu begnügen hatte. Das sollte sich jedermann in den Wäldern selbst beschaffen. Sehr groß war auch der Bedarf an Wintermänteln, Arbeitskleidung und Säuglingswäsche. In diese düstere Allgemein-

lage und hoffnungslose Wintererwartung platzte im November vor 75 Jahren die überraschende Ankündigung, dass die Brotration um ein Drittel, von täglich 300 auf 200 Gramm gekürzt wurde. Die Folge waren Arbeiterproteste an zahlreichen Orten der französischen Zone.

Die bedeutendste Protestkundgebung fand mit 30 000 Arbeitern am 21. November 1946 in Ludwigshafen statt. Die dabei verabschiedete Resolution kritisierte die deutsche Verwaltung und forderte, die Gewerkschaften an dem Kontrollsystem zu beteiligen. In der Resolution hieß es weiter: „Die Not und das Elend (...) steuern der allgemeinen Katastrophe zu. Die Versammlung der Arbeitnehmer aller Betriebe aus Ludwigshafen richtet deshalb in letzter Stunde (!) den Appell an die Zivil- und Militärregierung und auch an die ganze Welt, einzugreifen und uns zu ermöglichen, diesen Winter zu überstehen.“